

Google verdoppelt Spenden an Wohltätigkeitsorganisationen, die israelische Soldaten und illegale Siedlungen unterstützen

Während der Technologiegigant sich mit neuen Fragen zu seiner Arbeit konfrontiert sieht, kommt jetzt auch eine Kontroverse um Mitarbeiterspenden an pro-israelische Organisationen auf.

Areeb Ullah, middleeasteye.net, 04.12.24

Google-Mitarbeiter haben die Möglichkeit, über *Benevity* an eine Spendenplattform namens *IsraelGives* zu spenden. Letztes Jahr berichtete der *Guardian*, dass *IsraelGives* es Spendern aus den USA ermöglichte, Millionen von Dollar für Zwecke zu spenden, darunter illegale Siedlungen im Westjordanland, paramilitärische Gruppen und israelische Militäreinheiten.

Google verdoppelt weltweit die Spenden seiner Mitarbeiter an pro-israelische Wohltätigkeitsorganisationen in den USA, unter anderem auch an eine Organisation, die im Gazastreifen kämpfende israelische Soldaten unterstützt, und eine christlich-zionistische Gruppe, die Israel dabei helfen will, das Westjordanland „zurückzuerobern“.

Durchgesickerte interne Websites, in die *Middle East Eye* Einblick hatte, zeigen, dass Google bei der Vermittlung von Spenden an eine gemeinnützige Organisation namens *Friends of the Israeli Defence Forces (FIDF)* und an *HaYovel* geholfen hat, eine Organisation, die Freiwillige zur Arbeit auf Farmen in illegalen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Land schickt.

Der Technologie-Gigant ermöglicht seinen Mitarbeitern, einen Prozentsatz ihres Gehalts für Zwecke ihrer Wahl zu spenden. Dies geschieht über eine Spendenplattform namens *Benevity*, ein in Kanada ansässiges Unternehmen, das einige der größten Unternehmen der USA zu seinen Kunden zählt. Diese Spenden werden dann von Google verdoppelt.

FIDF mit Sitz in New York City ist eine eingetragene gemeinnützige Wohltätigkeitsorganisation, die israelische Soldaten und Veteranen unterstützt. Zu ihrer Arbeit gehört die Finanzierung von „Programmen für kämpfende Soldaten, die darauf abzielen, finanziellen Stress, wirtschaftliche Unsicherheit oder Ablenkung zu erleichtern, so dass sie sich ganz auf die komplexen militärischen Missionen konzentrieren können, die vor ihnen liegen“.

Seit den von der Hamas angeführten Angriffen im Süden Israels und dem Beginn des israelischen Krieges im Gazastreifen hat die *FIDF* Berichten zufolge mindestens 34,5 Millionen Dollar an Spendengeldern für israelische Soldaten gesammelt und erklärt, sie „finanzieren den Großteil der Unterstützung, die Soldaten erhalten, verteilt auf das gesamte Militär, um mehr Soldaten zu erreichen als jede andere Organisation.“

Die *FIDF* bietet außerdem ein „adoptiere eine Brigade“-Programm an, das es Unterstützern ermöglicht, bestimmte Militäreinheiten in Form von Lebensmittelgutscheinen, Zuschüssen und einem vom Kommandeur zur Verfügung gestellten Fonds zu unterstützen, der „für das emotionale Wohlbefinden der Soldaten sorgt“.

Die *FIDF* unterstützt Einheiten wie die *Golani-Brigade*, die *Iron Trails-Brigade*, das *Combat Intelligence Corps*, die Fallschirmjäger-Brigade und die Staffeln *Shayatet 3* und *Daburim* der Marine.

Am Dienstag berichteten die *New York Times* und *Intercept* über Dokumente, aus denen hervorgeht, dass Google die Sorge geäußert hat, dass die Beteiligung des Unternehmens am Projekt *Nimbus* seinem Ruf schaden und das Unternehmen möglicherweise mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung bringen könnte.

HaYovel, eine christlich-zionistische Organisation mit Sitz in Missouri, erklärt, ihr Ziel bestehe darin, die „prophetische Tradition“ einer Region weiterzuentwickeln, die „viele fälschlicherweise als Westjordanland bezeichnen“. Es werden Freiwillige gesucht, die sich um die Bauernhöfe in den israelischen Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet kümmern, das als „Judäa und Samaria“ bezeichnet wird, und es werden Schulungen angeboten, um den Teilnehmern zu helfen, „die Mittel mit nach Hause zu nehmen, die sie brauchen, um Botschafter für Israel zu werden.“

Seit dem 7. Oktober letzten Jahres hat *HaYovel* nach eigenen Angaben Sicherheitsausrüstung im Wert von 3,5 Millionen Dollar für israelische Siedlergemeinden im Westjordanland gekauft. Die gemeinnützige Organisation wies in ihrem Werbematerial auch darauf hin, dass sie jüdischen Bauern hilft, die möglicherweise Beschäftigte verloren haben, weil sie sich zur israelischen Armee gemeldet haben.

Google-Mitarbeiter haben außerdem die Möglichkeit, über *Benevity* an eine Spendenplattform namens *IsraelGives* zu spenden. Letztes Jahr berichtete der *Guardian*, dass *IsraelGives* es Spendern aus den USA ermöglichte, Millionen von Dollar für Zwecke zu spenden, darunter illegale Siedlungen im Westjordanland, paramilitärische Gruppen und israelische Militäreinheiten.

„Seit mehr als 15 Jahren gewähren wir unseren Mitarbeitern am Ende jedes Jahres einen Kredit, den sie an eine Wohltätigkeitsorganisation ihrer Wahl spenden können. Sie können aus mehr als 200.000 berechtigten Organisationen auf der ganzen Welt auswählen“, sagte der Sprecher.

„Unser Programm für Unternehmensspenden wird von *Benevity* verwaltet, einem Drittanbieter, der von vielen großen Organisationen genutzt wird. Unserer Spendenplattformen liegen auf einem *Server* bei *Benevity* die regelmäßig jede berechnigte Organisation überprüft, um die Einhaltung ihrer Teilnahmeberechtigungsrichtlinien sicherzustellen.“ Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung hatte *Benevity* nicht auf Anfragen für einen Kommentar geantwortet.

Kritik an *Nimbus*

Google sieht sich bereits wachsendem Druck vieler seiner eigenen Mitarbeiter gegenüber, was seine Verbindungen zu Israel durch das Projekt *Nimbus* betrifft – eine 1,2 Milliarden Dollar teure Partnerschaft mit *Amazon* zur Bereitstellung von Cloud-Computing- und KI-Diensten für die israelische Regierung und Armee.

Am Dienstag berichteten die *New York Times* und *Intercept* über Dokumente, aus denen hervorgeht, dass Google die Sorge geäußert hat, dass die Beteiligung des Unternehmens am Projekt *Nimbus* seinem Ruf schaden und das Unternehmen möglicherweise mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung bringen könnte. Die Dokumente zeigen, dass Google-Vertreter den Google Cloud-CEO Thomas Kurian direkt über ihre Bedenken hinsichtlich der Einführung von *Nimbus* informierten.

Anwälte, Mitarbeiter des Policy-Teams und externe Berater von Google, die von dem Tech-Giganten gebeten wurden, die Risiken des Übereinkommens zu bewerten, schrieben ausdrücklich, dass „Google Cloud-Dienste [vom israelischen Verteidigungsministerium und dem israelischen Inlandsgeheimdienst] für die Erleichterung von Menschenrechtsverletzungen, einschließlich israelischer Aktivitäten im Westjordanland, verwendet werden oder damit in Verbindung stehen könnten“.

Berater, die gebeten wurden, die mit der Übernahme von *Nimbus* verbundenen Risiken einzuschätzen, forderten Google zudem auf, seine KI-Prinzipien in den Vertrag mit Israel einzubetten. Damit würde sich die israelische Regierung verpflichten, *Nimbus* weder für Überwachungszwecke noch als Waffen zu verwenden, um Menschen zu schaden.

Doch als Google mit Israel über *Nimbus* verhandelte, nahm der Tech-Gigant die KI-Prinzipien nicht in den Vertrag auf. Der Vertrag erlaubte Google hingegen, Kunden zu sperren, wenn diese gegen die Geschäftsbedingungen und die Nutzungsrichtlinien des Unternehmens verstießen. Diese verbieten es Kunden, Google-Technologie zu nutzen, um individuelle Rechtsansprüche zu untergraben, Gesetze zu brechen oder Computerviren zu verbreiten.

Im letzten Jahr war Google auch mit heftigen internen Protesten konfrontiert, nachdem das Unternehmen 50 Mitarbeiter entlassen hatte, weil sie in den Büros des Unternehmens in New York und Kalifornien Sit-ins gegen das Projekt *Nimbus* veranstaltet hatten.

„Google ignorierte seine eigenen Menschenrechtsberater und Anwälte, die Bedenken hinsichtlich der zulässigen Cloud-Nutzung, der KI-Prinzipien, des Reputationsrisikos, Konflikten mit internationalen Behörden und der Nichteinhaltung des internationalen Menschenrechtsgesetzes äußerten“, hieß es in einer Erklärung von *No Tech For Apartheid* am Dienstag.

Unter dem Motto „Googler gegen Genozid“ haben Mitarbeiter gegenüber MEE berichtet, wie sie aufgrund ihres pro-palästinensischen Engagements Einschüchterungen durch das Unternehmen und andere Mitarbeiter ertragen mussten.

No Tech for Apartheid, eine Gruppe von Technikern, die sich gegen die Verflechtung des Silicon Valley mit Israel einsetzen, verurteilte Google und Kurian für ihre wiederholte Weigerung, die Bedenken im Zusammenhang mit *Nimbus* anzuerkennen. „Seit Jahren veröffentlicht Google als Reaktion auf den wachsenden Widerstand der Mitarbeiter gegen das Projekt *Nimbus* immer wieder dieselbe Erklärung.“

Anfang des Jahres kritisierten Apple-Mitarbeiter das Unternehmen dafür, dass es Mitarbeiterspenden an Organisationen verdoppelt, die Verbindungen zum israelischen Militärangriff auf Gaza und zum anhaltenden illegalen Siedlungsbau im Westjordanland haben.

Wie Google nutzt Apple *Benevity*, um seinen Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, in seiner Datenbank für wohltätige Zwecke zu spenden. Zu den von Apple unterstützten Zwecken zählen auch *FIDF*, *HaYovel* und *IsraelGives*.

In einem offenen Brief forderten Apple-Mitarbeiter das Unternehmen auf, „den Fall umgehend zu untersuchen und die Verdoppelung von Spenden an alle Organisationen einzustellen, die illegale Siedlungen in besetzten Gebieten fördern und die israelischen Streitkräfte unterstützen“.

Areeb Ullah ist Journalist für Middle East Eye. Seine Schwerpunkte sind Arbeitsmigranten in der Golfregion, Syrien, Terrorismusbekämpfung und soziale Bewegungen im Nahen Osten und Nordafrika. Seine Beiträge sind u. a. bei Al-Jazeera, dem Guardian und der Huffington Post erschienen.

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/news/google-criticised-matching-donations-charities-supporting-israeli-soldiers-and-settlements>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de